

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1982 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982 — BBVAnpG 82)

A. Zielsetzung

Anpassung der Bezüge der Beamten, Richter und Soldaten sowie der Versorgungsempfänger des Bundes, der Länder und Gemeinden entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (§ 14 BBesG/§ 70 BeamtVG).

B. Lösung

Vom 1. August 1982 werden die Bezüge linear um 3,6 v. H. angehoben. Ferner wird ein Einmalbetrag von 40 DM gezahlt. Die Anwärterbezüge werden vom 1. Juni 1982 an ohne Einmalzahlung linear angepaßt.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Für den Bereich des Bundes (ohne Bundesbahn und Bundespost) werden für das Haushaltsjahr 1982 Mehrkosten von rund 388 Millionen DM entstehen. Neben der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost werden auch die Länder und Gemeinden mit Mehrkosten belastet werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (13) — 225 00 — Bu 157/82

Bonn, den 12. August 1982

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1982 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982 — BBVAnpG 82) mit Begründung, sechs Anlagen (Anlage A) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist der Bundesminister des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 514. Sitzung am 16. Juli 1982 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes, wie aus Anlage B ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage C beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1982 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982 — BBVAnpG 82)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

ABSCHNITT I

Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

Das Bundesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. November 1980 (BGBl. I S. 2081), das zuletzt geändert wurde durch ..., wird wie folgt geändert:

1. An die Stelle der Anlagen IV bis IX treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.
2. § 41 a sowie die Fußnotenhinweise 1) und die Fußnoten 1 in Anlage VIII und in Anlage IX zu den Nummern 23 bis 30 der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B werden aufgehoben.

§ 2

(1) Um 3,6 vom Hundert werden erhöht

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummer 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1981 vom 21. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1465) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt I S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1981 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vomhundertsatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der

Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 3,6 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,5 vom Hundert erhöht.

(7) Artikel 1 Nr. 5 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523) wird aufgehoben.

Der durchschnittliche Hundertsatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge im Sinne des § 70 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes vom 24. August 1976 (BGBl. I S. 2485), das zuletzt durch Gesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523) geändert worden ist, wird für das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982 auf 3,5 vom Hundert festgestellt.

ABSCHNITT II

Einmalige Zahlung

§ 5

(1) Eine einmalige Zahlung nach § 6 erhalten Empfänger von Dienstbezügen (§ 1 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes),

1. die am 31. Juli 1982 bei einem öffentlich-rechtlichen Dienstherrn (§ 29 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes) in einem hauptberuflichen Dienstverhältnis gestanden haben,
2. deren Dienstverhältnis am 1. August 1982 fortbestanden hat und
3. die für mindestens einen Tag im Monat August 1982 Dienstbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

§ 6

(1) Die einmalige Zahlung beträgt für Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt 40 Deutsche Mark.

(2) Teilzeitbeschäftigte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt erhalten den Teil der einmaligen Zahlung, der dem Verhältnis der ermäßigten zur regelmäßigen Arbeitszeit entspricht.

(3) Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind, erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Maß der Inanspruchnahme durch das Amt entspricht.

(4) Beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt erhalten die einmalige Zahlung zu dem Teil, der dem Verhältnis der während der Beurlaubung gewährten Bezüge zu den vollen Bezügen entspricht.

(5) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, so finden §§ 7, 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechende Anwendung.

(6) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 bis 5 sind die Verhältnisse am 1. August 1982.

§ 7

(1) Eine einmalige Zahlung erhalten die am 1. August 1982 vorhandenen

1. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen (§ 3 Abs. 1 bis 5) in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweils maßgeblichen Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von vierzig Deutsche Mark ergibt,
2. Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen im Sinne des § 3 Abs. 6 in Höhe von 24 Deutsche Mark, Witwen und versorgungsberechtigte geschiedene Ehefrauen in Höhe von 14,40 Deutsche Mark, Empfänger von Vollwaisengeld in Höhe von 4,80 Deutsche Mark und Empfänger von Halbwaisengeld in Höhe von 2,88 Deutsche Mark,

wenn sie für den Monat August 1982 laufende Versorgungsbezüge erhalten haben.

(2) Absatz 1 Nr. 1 gilt entsprechend für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrunde liegen. Empfänger von Ausgleichsbezügen nach § 11 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Soldatenversorgungsgesetzes erhalten die einmalige Zahlung nach § 6 dieses Gesetzes.

§ 8

(1) Die einmalige Zahlung wird für jeden Berechtigten nur einmal gewährt.

(2) Bei mehreren Dienstverhältnissen gilt § 5 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend. Der Anspruch aus einem Dienstverhältnis geht dem Anspruch aus dem Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(3) Der Anspruch aus einem späteren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger geht dem Anspruch aus einem früheren Rechtsverhältnis als Versorgungsempfänger vor.

(4) Ruhens- und Anrechnungsvorschriften sowie Vorschriften über die anteilige Kürzung finden keine Anwendung.

(5) Im Sinne der Absätze 1 bis 4 stehen der einmaligen Zahlung entsprechende Leistungen aus einem anderen Rechtsverhältnis im öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 des Bundesbesoldungsgesetzes, § 53 Abs. 5 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechende Vorschriften) der einmaligen Zahlung nach diesen Vorschriften gleich, auch wenn die Regelungen im einzelnen nicht übereinstimmen.

(6) Ist nach Anwendung der Absätze 1 bis 5 einem Anspruchsberechtigten aus dem vorgehenden

Rechtsverhältnis ein geringerer Betrag zu zahlen, als ihm aus einem nachrangigen Rechtsverhältnis zustehen würde, ist ihm der Unterschied aus dem anderen Rechtsverhältnis zu zahlen.

(7) Die einmalige Zahlung bleibt bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt.

ABSCHNITT III Schlußvorschriften

§ 9

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 10

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Satzes 2 mit Wirkung vom 1. August 1982 in Kraft. § 1 Nr. 2 und § 3 Abs. 7 treten mit Wirkung vom 1. März 1982, die Beträge der Anlage 5 mit Wirkung vom 1. Juni 1982 in Kraft.

Anlage 1

(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)**1. Bundesbesoldungsordnung A**

Besoldungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse							
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	961,04	992,86	1 024,68	1 056,50	1 088,32	1 120,14	1 151,96
A 2		1 017,95	1 049,77	1 081,59	1 113,41	1 145,23	1 177,05	1 208,87
A 3		1 090,58	1 124,19	1 157,80	1 191,41	1 225,02	1 258,63	1 292,24
A 4		1 131,82	1 170,71	1 209,60	1 248,49	1 287,38	1 326,27	1 365,16
A 5		1 171,61	1 215,94	1 260,27	1 304,60	1 348,93	1 393,26	1 437,59
A 6		1 240,60	1 286,55	1 332,50	1 378,45	1 424,40	1 470,35	1 516,30
A 7		1 340,46	1 386,41	1 432,36	1 478,31	1 524,26	1 570,21	1 616,16
A 8		1 403,81	1 460,45	1 517,09	1 573,73	1 630,37	1 687,51	1 746,98
A 9	I c	1 568,51	1 626,95	1 687,84	1 749,21	1 811,71	1 879,82	1 947,93
A 10		1 717,55	1 802,17	1 886,79	1 971,41	2 056,03	2 140,65	2 225,27
A 11		2 001,09	2 087,79	2 174,49	2 261,19	2 347,89	2 434,59	2 521,29
A 12		2 179,45	2 282,83	2 386,21	2 489,59	2 592,97	2 696,35	2 799,73
A 13	I b	2 469,56	2 581,17	2 692,78	2 804,39	2 916,00	3 027,61	3 139,22
A 14		2 542,07	2 686,78	2 831,49	2 976,20	3 120,91	3 265,62	3 410,33
A 15		2 866,29	3 025,38	3 184,47	3 343,56	3 502,65	3 661,74	3 820,83
A 16		3 185,57	3 369,58	3 553,59	3 737,60	3 921,61	4 105,62	4 289,63

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungs- gruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1	I b	5 093,55
B 2		6 041,01
B 3	I a	6 320,28
B 4		6 740,36
B 5		7 222,32
B 6		7 677,44
B 7		8 120,14
B 8		8 581,60
B 9		9 154,56
B 10		10 933,73
B 11		11 937,13

Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
1 183,78	1 215,60						
1 240,69	1 272,51	1 304,33					
1 325,85	1 359,46	1 393,07					
1 404,05	1 442,94	1 481,83					
1 481,92	1 526,25	1 570,58					
1 562,25	1 608,20	1 654,15	1 701,21				
1 662,11	1 709,62	1 757,87	1 806,12	1 856,15	1 909,72		
1 806,45	1 868,99	1 935,01	2 001,03	2 067,05	2 133,07		
2 016,04	2 084,15	2 152,26	2 220,37	2 288,48	2 356,59		
2 309,89	2 394,51	2 479,13	2 563,75	2 648,37	2 732,99		
2 607,99	2 694,69	2 781,39	2 868,09	2 954,79	3 041,49	3 128,19	
2 903,11	3 006,49	3 109,87	3 213,25	3 316,63	3 420,01	3 523,39	
3 250,83	3 362,44	3 474,05	3 585,66	3 697,27	3 808,88	3 920,49	
3 555,04	3 699,75	3 844,46	3 989,17	4 133,88	4 278,59	4 423,30	
3 979,92	4 139,01	4 298,10	4 457,19	4 616,28	4 775,37	4 934,46	5 093,55
4 473,64	4 657,65	4 841,66	5 025,67	5 209,68	5 393,69	5 577,70	5 761,71

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse							
C 1	I b	Stufe 1 3 040,57				Stufe 2		
		Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 2	I b	2 476,32	2 654,17	2 832,02	3 009,87	3 187,72	3 365,57	3 543,42
C 3		2 798,64	3 000,00	3 201,36	3 402,72	3 604,08	3 805,44	4 006,80
C 4	I a	3 624,50	3 826,92	4 029,34	4 231,76	4 434,18	4 636,60	4 839,02

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1	I b	3 199,72	3 427,02	3 654,32	3 881,62	4 108,92	4 336,22	4 563,52	4 790,82	5 018,12	5 245,42
R 2		3 743,71	3 971,01	4 198,31	4 425,61	4 652,91	4 880,21	5 107,51	5 334,81	5 562,11	5 789,41

R 3	I a	6 320,28
R 4		6 740,36
R 5		7 222,32
R 6		7 677,44
R 7		8 120,14
R 8		8 581,60
R 9		9 154,56
R 10		11 440,93

3 152,23		Stufe 3 3 263,85					
Dienstaltersstufe							
8	9	10	11	12	13	14	15
3 721,27	3 899,12	4 076,97	4 254,82	4 432,67	4 610,52	4 788,37	4 966,22
4 208,16	4 409,52	4 610,88	4 812,24	5 013,60	5 214,96	5 416,32	5 617,68
5 041,44	5 243,86	5 446,28	5 648,70	5 851,12	6 053,54	6 255,96	6 458,38

Anlage 2

(Anlage V des BBesG)

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarif- klasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind	Stufe 4 2 Kinder	Stufe 5 3 Kinder	Stufe 6 4 Kinder	Stufe 7 5 Kinder	Stufe 8 6 Kinder
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	778,70	902,92	1 009,20	1 110,76	1 157,90	1 247,21	1 336,53	1 447,78
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	656,90	781,12	887,40	988,96	1 036,10	1 125,41	1 214,73	1 325,98
I c	A 9 bis A 12	583,81	708,03	814,31	915,87	963,01	1 052,32	1 141,64	1 252,89
II	A 1 bis A 8	549,96	668,26	774,54	876,10	923,24	1 012,55	1 101,87	1 213,12

Bei mehr als sechs Kindern erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 111,25 DM.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2: Tarifklasse I c 467,05 DM

Tarifklasse II 439,97 DM

Anlage 3 a

(Anlage VI a des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	850	1 021	1 192	1 363	1 534	1 705	1 876	2 047	2 218	2 389	2 560	2 731
A 5 bis A 6	970	1 151	1 332	1 513	1 694	1 875	2 056	2 237	2 418	2 599	2 780	2 961
A 7 bis A 8	1 098	1 297	1 496	1 695	1 894	2 093	2 292	2 491	2 690	2 889	3 088	3 287
A 9	1 295	1 510	1 725	1 940	2 155	2 370	2 585	2 800	3 015	3 230	3 445	3 660
A 10	1 467	1 691	1 915	2 139	2 363	2 587	2 811	3 035	3 259	3 483	3 707	3 931
A 11	1 615	1 852	2 089	2 326	2 563	2 800	3 037	3 274	3 511	3 748	3 985	4 222
A 12	1 795	2 045	2 295	2 545	2 795	3 045	3 295	3 545	3 795	4 045	4 295	4 545
A 13	1 974	2 236	2 498	2 760	3 022	3 284	3 546	3 808	4 070	4 332	4 594	4 856
A 14	2 156	2 426	2 696	2 966	3 236	3 506	3 776	4 046	4 316	4 586	4 856	5 126
A 15	2 410	2 702	2 994	3 286	3 578	3 870	4 162	4 454	4 746	5 038	5 330	5 622
A 16 bis B 2	2 593	2 905	3 217	3 529	3 841	4 153	4 465	4 777	5 089	5 401	5 713	6 025
B 3 bis B 4	2 623	2 956	3 289	3 622	3 955	4 288	4 621	4 954	5 287	5 620	5 953	6 286
B 5 bis B 7	2 909	3 277	3 645	4 013	4 381	4 749	5 117	5 485	5 853	6 221	6 589	6 957
B 8 und höher ..	3 173	3 594	4 015	4 436	4 857	5 278	5 699	6 120	6 541	6 962	7 383	7 804

Anlage 3 b
(Anlage VI b des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	723	868	1 013	1 158	1 303	1 448	1 593	1 738	1 883	2 028	2 173	2 318
A 5 bis A 6	825	979	1 133	1 287	1 441	1 595	1 749	1 903	2 057	2 211	2 365	2 519
A 7 bis A 8	933	1 102	1 271	1 440	1 609	1 778	1 947	2 116	2 285	2 454	2 623	2 792
A 9	1 101	1 284	1 467	1 650	1 833	2 016	2 199	2 382	2 565	2 748	2 931	3 114
A 10	1 247	1 437	1 627	1 817	2 007	2 197	2 387	2 577	2 767	2 957	3 147	3 337
A 11	1 373	1 574	1 775	1 976	2 177	2 378	2 579	2 780	2 981	3 182	3 383	3 584
A 12	1 526	1 738	1 950	2 162	2 374	2 586	2 798	3 010	3 222	3 434	3 646	3 858
A 13	1 678	1 901	2 124	2 347	2 570	2 793	3 016	3 239	3 462	3 685	3 908	4 131
A 14	1 833	2 062	2 291	2 520	2 749	2 978	3 207	3 436	3 665	3 894	4 123	4 352
A 15	2 049	2 297	2 545	2 793	3 041	3 289	3 537	3 785	4 033	4 281	4 529	4 777
A 16 bis B 2	2 204	2 469	2 734	2 999	3 264	3 529	3 794	4 059	4 324	4 589	4 854	5 119
B 3 bis B 4	2 230	2 513	2 796	3 079	3 362	3 645	3 928	4 211	4 494	4 777	5 060	5 343
B 5 bis B 7	2 473	2 786	3 099	3 412	3 725	4 038	4 351	4 664	4 977	5 290	5 603	5 916
B 8 und höher	2 697	3 055	3 413	3 771	4 129	4 487	4 845	5 203	5 561	5 919	6 277	6 635

Anlage 3 c
(Anlage VI c des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	595	715	835	955	1 075	1 195	1 315	1 435	1 555	1 675	1 795	1 915
A 5 bis A 6	679	806	933	1 060	1 187	1 314	1 441	1 568	1 695	1 822	1 949	2 076
A 7 bis A 8	769	908	1 047	1 186	1 325	1 464	1 603	1 742	1 881	2 020	2 159	2 298
A 9	907	1 057	1 207	1 357	1 507	1 657	1 807	1 957	2 107	2 257	2 407	2 557
A 10	1 027	1 184	1 341	1 498	1 655	1 812	1 969	2 126	2 283	2 440	2 597	2 754
A 11	1 131	1 297	1 463	1 629	1 795	1 961	2 127	2 293	2 459	2 625	2 791	2 957
A 12	1 257	1 432	1 607	1 782	1 957	2 132	2 307	2 482	2 657	2 832	3 007	3 182
A 13	1 382	1 565	1 748	1 931	2 114	2 297	2 480	2 663	2 846	3 029	3 212	3 395
A 14	1 509	1 698	1 887	2 076	2 265	2 454	2 643	2 832	3 021	3 210	3 399	3 588
A 15	1 687	1 891	2 095	2 299	2 503	2 707	2 911	3 115	3 319	3 523	3 727	3 931
A 16 bis B 2	1 815	2 033	2 251	2 469	2 687	2 905	3 123	3 341	3 559	3 777	3 995	4 213
B 3 bis B 4	1 836	2 069	2 302	2 535	2 768	3 001	3 234	3 467	3 700	3 933	4 166	4 399
B 5 bis B 7	2 036	2 294	2 552	2 810	3 068	3 326	3 584	3 842	4 100	4 358	4 616	4 874
B 8 und höher	2 221	2 516	2 811	3 106	3 401	3 696	3 991	4 286	4 581	4 876	5 171	5 466

Anlage 3 d

(Anlage VI d des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	417	501	585	669	753	837	921	1 005	1 089	1 173	1 257	1 341
A 5 bis A 6	475	564	653	742	831	920	1 009	1 098	1 187	1 276	1 365	1 454
A 7 bis A 8	538	635	732	829	926	1 023	1 120	1 217	1 314	1 411	1 508	1 605
A 9	635	740	845	950	1 055	1 160	1 265	1 370	1 475	1 580	1 685	1 790
A 10	719	829	939	1 049	1 159	1 269	1 379	1 489	1 599	1 709	1 819	1 929
A 11	792	908	1 024	1 140	1 256	1 372	1 488	1 604	1 720	1 836	1 952	2 068
A 12	880	1 002	1 124	1 246	1 368	1 490	1 612	1 734	1 856	1 978	2 100	2 222
A 13	967	1 095	1 223	1 351	1 479	1 607	1 735	1 863	1 991	2 119	2 247	2 375
A 14	1 056	1 188	1 320	1 452	1 584	1 716	1 848	1 980	2 112	2 244	2 376	2 508
A 15	1 181	1 324	1 467	1 610	1 753	1 896	2 039	2 182	2 325	2 468	2 611	2 754
A 16 bis B 2	1 271	1 424	1 577	1 730	1 883	2 036	2 189	2 342	2 495	2 648	2 801	2 954
B 3 bis B 4	1 285	1 448	1 611	1 774	1 937	2 100	2 263	2 426	2 589	2 752	2 915	3 078
B 5 bis B 7	1 425	1 606	1 787	1 968	2 149	2 330	2 511	2 692	2 873	3 054	3 235	3 416
B 8 und höher .	1 555	1 761	1 967	2 173	2 379	2 585	2 791	2 997	3 203	3 409	3 615	3 821

Anlage 3 e

(Anlage VI e des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

– Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung –
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4	506	608	710	812	914	1 016	1 118	1 220	1 322	1 424	1 526	1 628
A 5 bis A 6	577	685	793	901	1 009	1 117	1 225	1 333	1 441	1 549	1 657	1 765
A 7 bis A 8	654	772	890	1 008	1 126	1 244	1 362	1 480	1 598	1 716	1 834	1 952
A 9	771	898	1 025	1 152	1 279	1 406	1 533	1 660	1 787	1 914	2 041	2 168
A 10	873	1 006	1 139	1 272	1 405	1 538	1 671	1 804	1 937	2 070	2 203	2 336
A 11	961	1 102	1 243	1 384	1 525	1 666	1 807	1 948	2 089	2 230	2 371	2 512
A 12	1 068	1 217	1 366	1 515	1 664	1 813	1 962	2 111	2 260	2 409	2 558	2 707
A 13	1 175	1 331	1 487	1 643	1 799	1 955	2 111	2 267	2 423	2 579	2 735	2 891
A 14	1 283	1 444	1 605	1 766	1 927	2 088	2 249	2 410	2 571	2 732	2 893	3 054
A 15	1 434	1 607	1 780	1 953	2 126	2 299	2 472	2 645	2 818	2 991	3 164	3 337
A 16 bis B 2	1 543	1 728	1 913	2 098	2 283	2 468	2 653	2 838	3 023	3 208	3 393	3 578
B 3 bis B 4	1 561	1 759	1 957	2 155	2 353	2 551	2 749	2 947	3 145	3 343	3 541	3 739
B 5 bis B 7	1 731	1 950	2 169	2 388	2 607	2 826	3 045	3 264	3 483	3 702	3 921	4 140
B 8 und höher .	1 888	2 139	2 390	2 641	2 892	3 143	3 394	3 645	3 896	4 147	4 398	4 649

Anlage 3 f

(Anlage VI f des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)

(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	162	186	210	234	258	282	306	330	354	378	402	426	162
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.													

Anlage 4

(Anlage VII des BBesG)

Zulage für die Beamten in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik

(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 086	958
A 5 bis A 6	1 214	1 043
A 7 bis A 8	1 362	1 179
A 9	1 565	1 320
A 10	1 738	1 463
A 11	1 894	1 578
A 12	2 081	1 711
A 13	2 261	1 864
A 14	2 439	2 020
A 15	2 704	2 214
A 16	2 903	2 335
B 3	2 966	2 335
B 6	3 278	2 511
B 9 und höher	3 608	2 685

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem

Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5

(Anlage VIII des BBesG)

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**

(Monatsbeträge in DM)

1. Für Anwärter, die vor dem 1. Januar 1982 eingestellt worden sind:

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Ab- schluß des Vor- bereitungs- dienstes unmit- telbar eintritt	Grundbetrag		Verheiraten- zuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach Voll- endung des 26. Lebens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	826	927	262	87
A 5 bis A 8	990	1 130	303	87
A 9 bis A 11	1 168	1 331	350	87
A 12	1 493	1 682	383	87
A 13	1 548	1 739	391	87
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buch- stabe d der Vor- bemerkungen zu den Bundes- besoldungsord- nungen A und B) oder R 1	1 604	1 800	396	87

2. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1981
eingestellt worden sind oder eingestellt werden:

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheirateten- zuschlag	
	vor Voll- endung des 26. Le- bens- jahres	nach Vollen- dung des 26. Le- bens- jahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	778	876	250	83
A 5 bis A 8	933	1 065	287	83
A 9 bis A 11	1 037	1 191	333	83
A 12	1 265	1 437	352	83
A 13	1 311	1 490	365	83
A 13 + Zu- lage (Nummer 27 Abs. 1 Buch- stabe d der Vorbemer- kungen zu den Bundes- besoldungs- ordnungen A und B) oder R 1	1 356	1 543	376	83

Anlage 6
(Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
(Monatsbeträge)
— in der Reihenfolge der Gesetzesstellen —

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz	
§ 44	bis zu 150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00
§ 50 a	90,00
§ 78	bis zu 150,00
Bundesbesoldungsordnungen A und B	
Vorbemerkungen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00
Nummer 4	50,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu 80,00
Buchstabe b	bis zu 50,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	450,00
Buchstabe b	360,00
Buchstabe c	288,00
Nummer 6 a	120,00
Nummer 7	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
A 1 bis A 5	A 5
A 6 bis A 9	A 9
A 10 bis A 13	A 13
A 14, A 15, B 1	A 15
A 16, B 2 bis B 4	B 3
B 5 bis B 7	B 6
B 8 bis B 10	B 9
B 11	B 11
Nummer 8 Abs. 1	
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	200,00
A 6 bis A 9	275,00
A 10 bis A 13	350,00
A 14 und höher	425,00

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	150,00
des gehobenen Dienstes	200,00
des höheren Dienstes	250,00
Nummer 8 a	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	
A 1 bis A 5	110,00
A 6 bis A 9	150,00
A 10 bis A 13	185,00
A 14 und höher	220,00
für Anwärter der Laufbahngruppe	
des mittleren Dienstes	80,00
des gehobenen Dienstes	105,00
des höheren Dienstes	130,00
Nummer 9	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 10 Abs. 1	
Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
von einem Jahr	60,00
von zwei Jahren	120,00
Nummer 11	¹ / ₁₂ des Grundgehalts und des Ortszuschlags *)
Nummer 12	90,00
Nummer 13 a	bis zu 150,00
Nummer 19 Satz 1	249,68
Nummer 23	
Absatz 1	87,00
Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhe- gehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 24	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes/ für Unteroffiziere	87,00
des gehobenen Dienstes/ für Offiziere bis zur Besol- dungsgruppe A 12	145,00
nach Absatz 2 ruhegehalt- fähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes/ bei Unteroffizieren	67,00
des gehobenen Dienstes/ bei Offizieren bis zur Besoldungsgruppe A 12	100,00
Nummer 25 Abs. 1	100,00
Nummer 26	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	67,00
des gehobenen Dienstes	100,00
Absatz 2	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a	40,00
Buchstabe b	67,00
Buchstabe c	100,00
Buchstabe d	100,00
Nummer 30	145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1
	2
A 3	1, 2
A 4	1, 2
A 5	3, 4
A 7	2
	3
A 8	3
	4

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 9	4
	5
A 12	7, 8
A 13	6
	7
A 14	5
A 15	7
B 9	3
B 10	1, 2
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)
für Professoren der Besol- dungsgruppe C 2 und für Hochschulassistenten	A 15
für Professoren der Besol- dungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe*)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Rich- ter und Staatsanwälte der Besoldungsgrup- pe(n)		
R 1	R 1	
R 2 bis R 4	R 3	
R 5 bis R 7	R 6	
R 8 bis R 10	R 9	
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehör- den, der Hauptverwal- tung der Deutschen Bun- desbahn oder bei ober- sten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertra- gen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1	A 15	
R 2 bis R 4	B 3	
R 5 bis R 7	B 6	
R 8 bis R 10	B 9	
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	187,27
R 2	3 bis 8, 10	187,27
R 3	3	187,27
R 8	2	374,52

Begründung

I. Allgemeines

Die Dienst- und Versorgungsbezüge sind zuletzt mit Wirkung vom 1. März 1981 durch das Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1981 vom 21. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1465) angepaßt worden.

Im Hinblick auf die Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse (vgl. § 14 BBesG/§ 70 BeamtVG) sieht der vorliegende Gesetzentwurf eine Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge ab 1. August 1982 vor; der Geltungsbereich erstreckt sich auf Bund und Länder. Dem Zeitpunkt des Inkrafttretens liegt der Beschluß der Bundesregierung vom 2. September 1981 zugrunde, demzufolge die Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge gegenüber dem Tarifbereich des öffentlichen Dienstes um drei Monate verschoben wird (vgl. Begründung des Regierungsentwurfes des Zweiten Gesetzes zur Verbesserung der Haushaltsstruktur, Drucksache 9/842, S. 40, 50).

Die Regelung umfaßt vom 1. August 1982 an eine lineare Anpassung insbesondere der Grundgehälter, Amtszulagen, Zuschüsse zum Grundgehalt für Professoren an Hochschulen und Ortszuschläge sowie eine Einmalzahlung; die Anwärterbezüge werden vom 1. Juni 1982 an ohne Einmalzahlung linear angepaßt.

Ausgelöst durch die Entwicklung im Tarifbereich des öffentlichen Dienstes enthält der Gesetzentwurf ferner Vorschriften über den Wegfall von besoldungsrechtlichen und versorgungsrechtlichen Regelungen (1 v. H.-Kürzung) des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523). Mit der Aufhebung dieser Kürzungsvorschrift mit Wirkung vom 1. März 1982 würde der Entwurf des Vorschaltgesetzes zum Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982 (Drucksache 9/1533) gegenstandslos.

II. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Abschnitt I

1. Zu § 1

Die Grundgehaltssätze (Anlage IV des Bundesbesoldungsgesetzes) und Amtszulagen (aus Anlage IX a. a. O.) der Beamten, Richter und Soldaten sollen ab 1. August 1982 um 3,6 v. H. angehoben werden. Die maßgebenden neuen Grundgehaltssätze ergeben sich aus der Anlage 1 des Gesetzentwurfes. Die neuen Sätze der Amtszulagen sind aus der Anlage 6 des Gesetzentwurfes ersichtlich; die Sätze aller übrigen Zulagen in Anlage 6 werden nicht angepaßt.

Die in der Anlage V des Bundesbesoldungsgesetzes enthaltenen Sätze des Ortszuschlages sollen eben-

falls ab 1. August 1982 um 3,6 v. H. angehoben werden. Die neuen Sätze des Ortszuschlages ergeben sich aus der Anlage 2 des Gesetzentwurfes. Die Anwendung auf Versorgungsempfänger ergibt sich aus § 50 Abs. 1 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Entsprechend der Anhebung der Grundgehaltssätze und der übrigen genannten Besoldungsbestandteile werden ferner die Sätze des Auslandszuschlages und Auslandskinderschulzuschlages (Anlagen 3a bis 3f des Gesetzentwurfes) sowie die Sätze der Zulage nach § 45 BBesG (Anlage 4 des Gesetzentwurfes) angepaßt.

In die allgemeine Besoldungsanpassung einbezogen werden auch die Anwärterbezüge (Anlage 5 des Gesetzentwurfes), und zwar mit Wirkung vom 1. Juni 1982. Anwärter erhalten keine Einmalzahlung nach Abschnitt II.

Ausgehend von dem Grundsatz der Gleichbehandlung aller Statusgruppen im öffentlichen Dienst (siehe zuletzt Begründung des Regierungsentwurfes des Vorschaltgesetzes zum Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1982, BT-Drucksache 9/1533) und ausgelöst durch die Entwicklung im Tarifbereich enthält § 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfes Vorschriften über den Wegfall besoldungsrechtlicher Regelungen (1 v. H.-Kürzung), die auf Artikel 1 Nr. 1, 3 und 4 des 2. Haushaltsstrukturgesetzes vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1523) beruhen.

2. Zu § 2

Bei den in Absatz 1 genannten Besoldungsbestandteilen und bei weiteren fortgeltenden landesrechtlichen Vorschriften (Absatz 2) bedarf es einer Erstreckung der Anpassung auf diese Regelungen, wie sie den Anlagen 1 und 6 des Gesetzentwurfes zugrunde liegt. Miteinfaßt sind Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen in Regelungen für den Kommunalbereich.

In Absatz 3 werden die Berechnungs- und Rundungsgrundsätze für die in den Absätzen 1 und 2 getroffenen Regelungen festgelegt.

3. Zu § 3

Die Vorschrift enthält die Anpassung der Versorgungsbezüge entsprechend den Regelungen in den §§ 1 und 2 des Gesetzentwurfes.

§ 3 Abs. 7 enthält entsprechend der Aufhebung von besoldungsrechtlichen Regelungen des 2. Haushaltsstrukturgesetzes die Vorschrift über die Aufhebung der auf Artikel 1 Nr. 5 beruhenden versorgungsrechtlichen Folgeeregungen (1 v. H./0,7 v. H.-Kürzung).

4. Zu § 4

Die Vorschrift ist notwendig im Hinblick auf das System der Anpassung der Versorgungsbezüge gemäß §§ 70 bis 76 des Beamtenversorgungsgesetzes.

Da die allgemeine Erhöhung der Dienstbezüge erst am 1. August 1982 in Kraft tritt, wirkt sich der in § 4 festgestellte Durchschnittssatz der allgemeinen Erhöhung der Dienstbezüge von 3,5 v. H. erst im Feststellungszeitraum (§ 72 Abs. 4 BeamtVG) vom 1. Juli 1982 bis 1. Juli 1983 aus.

Zu Abschnitt II

Die Empfänger von Dienstbezügen sollen eine die lineare Anpassung der Dienstbezüge ergänzende, für alle gleichhohe einmalige Zahlung erhalten. Eine gleichartige Zahlung erhalten die Empfänger tariflicher Bezüge. Den Empfängern von laufenden Versorgungsbezügen soll die einmalige Zahlung entsprechend den Grundsätzen des Versorgungsrechts anteilig gezahlt werden.

1. Zu § 5

Absatz 1 regelt den Empfängerkreis und die Voraussetzungen, unter denen eine einmalige Zahlung gewährt wird.

Absatz 2 regelt die entsprechende Geltung des Absatzes 1 für die Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt.

2. Zu § 6

Absatz 1 regelt die Höhe der einmaligen Zahlung für die Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen oder Amtsgehalt. Die Absätze 2 bis 4 betreffen die Höhe der einmaligen Zahlung für teilzeitbeschäftigte und beurlaubte Empfänger von Dienst- oder Amtsbezügen (Absätze 2 und 4) sowie für Beamte, die durch das Amt nicht voll in Anspruch genommen sind (Absatz 3).

Absatz 5 regelt die Anwendung der Vorschriften über den Kaufkraftausgleich auf die einmalige Zahlung.

Absatz 6 legt den Zeitpunkt fest, der maßgebend ist für die Beurteilung der Frage, ob ein Fall der Absätze 2 bis 5 vorliegt.

3. Zu § 7

Die Vorschrift regelt die anteilige Weitergabe der einmaligen Zahlung an Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen. Maßgeblicher Ruhegehaltsatz im Sinne des Absatzes 1 ist bei Empfängern von Mindestversorgungsbezügen der jeweils maßgebliche Mindestruhegehaltssatz.

Für den in Absatz 1 Nr. 2 genannten Personenkreis mußte eine pauschalierende Regelung vorgesehen werden, da eine Anknüpfung an einen Ruhegehaltsatz hier nicht in Betracht kommt.

Absatz 2 regelt die entsprechende Geltung des Absatzes 1 Nr. 1 für Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, deren Berechnung Amtsbezüge oder Amtsgehalt zugrunde liegen. Er regelt außerdem den Anspruch auf die einmalige Zahlung für ehemalige Soldaten auf Zeit, die Ausgleichsbezüge nach § 11 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SVG erhalten.

4. Zu § 8

Die Vorschrift enthält Konkurrenzvorschriften, durch die sichergestellt werden soll, daß die Zahlung jedem Berechtigten nur einmal gewährt wird (Absätze 1 bis 6). Ferner wird klargestellt, daß die einmalige Zahlung bei sonstigen Besoldungs- und Versorgungsleistungen unberücksichtigt bleibt, z. B. weder auf Ausgleichszulagen oder -beträge angerechnet wird noch in die Bemessungsgrundlage von z. B. Sterbegeld, Witwenabfindung eingeht (Absatz 7).

Zu Abschnitt III**1. Zu § 9**

Die Vorschrift enthält die übliche Berlin-Klausel.

2. Zu § 10

Die Vorschrift enthält den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes.

III. Kosten

Der Gesetzentwurf führt zu nachstehenden Mehrausgaben für die öffentlichen Haushalte. Die sich aus entsprechenden Tarifverträgen für die Angestellten und Arbeiter des öffentlichen Dienstes ergebenden Mehrkosten sind nicht berücksichtigt.

1. Bundeshaushalt**1.1 Obergruppe 42**

Abschnitt I Jahresbetrag	447,5 Mio. DM
(Haushaltsbelastung 1982 = $\frac{6}{13}$ *)	207,1 Mio. DM)

Abschnitt II	
(einmalig 1982)**)	14,6 Mio. DM

1.2 Obergruppe 43

Abschnitt I Jahresbetrag	341,7 Mio. DM
(Haushaltsbelastung 1982 = $\frac{6}{13}$)	157,7 Mio. DM)

Abschnitt II (einmalig 1982)	8,6 Mio. DM
------------------------------	-------------

Der Finanzplan ist bei der Fortschreibung für 1983 ff. anzupassen.

*) Anwärterbesoldung mit $\frac{6}{13}$ enthalten (gilt entsprechend für Nummer 2)

**) ohne Anwärter (gilt entsprechend für Nummer 2)

2. Auswirkungen auf andere öffentliche Haushalte (zum Teil geschätzt)

		Besol- dung	Versor- gung
		Mio. DM	
2.1	Deutsche Bundesbahn		
	Abschnitt I		
	Jahresbetrag	222,3	192,5
	(Haushaltsbelastung 1982)	(103,0)	(88,8)
	Abschnitt II		
	(einmalig 1982)	7,2	6,2
2.2	Deutsche Bundespost		
	Abschnitt I		
	Jahresbetrag	343,8	112,2
	(Haushaltsbelastung 1982)	(159,2)	(51,8)
	Abschnitt II		
	(einmalig 1982)	11,9	3,8
2.3	Länder und Stadtstaaten		
	Abschnitt I		
	Jahresbetrag	1 628,5	479,3
	(Haushaltsbelastung 1982)	(763,0)	(221,2)
	Abschnitt II		
	(einmalig 1982)	36,0	9,3
2.4	Gemeinden und Gemeindeverbände (Gebietskörperschaften)		
	Abschnitt I		
	Jahresbetrag	222,1	120,3
	(Haushaltsbelastung 1982)	(103,9)	(55,5)
	Abschnitt II		
	(einmalig 1982)	5,3	2,6
2.5	Sonstige (Sozialversicherungsträger usw. im Bundes- und Länderbereich)		
	Abschnitt I		
	Jahresbetrag	40,3	26,2
	(Haushaltsbelastung 1982)	(18,7)	(12,1)
	Abschnitt II		
	(einmalig 1982)	1,1	0,7

Durch die Aufhebung des § 41 a BBesG in der Fassung des 2. Haushaltsstrukturgesetzes und entsprechender Vorschriften tritt die dort vorgesehene Kürzung nicht in Kraft, so daß Einsparungen in entsprechender Höhe entfallen (vgl. Drucksache 9/842). Das Einsparungsziel wird jedoch durch die Begrenzung der Besoldungsanpassung auf das in diesem Gesetz vorgesehene Maß erreicht.

Die Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau sind im voraus nicht quantifizierbar. Sie hängen weitgehend ab vom Verlauf der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und insbesondere von der weiteren Entwicklung der öffentlichen Haushalte.

Zur Durchführung des Gesetzes wird zusätzliches Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden nicht benötigt.

IV. Besondere Fragen

A. Amtsbezüge der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretäre

Das Bundeskabinett hat in seiner Sitzung am 28. Oktober 1981 beschlossen:

1. Die Mitglieder der Bundesregierung und die Parlamentarischen Staatssekretäre wollen an etwaigen Einkommensverbesserungen infolge einer Anpassung der Beamtenbesoldung im Kalenderjahr 1982 nicht teilnehmen. Die Bundesregierung bittet den Deutschen Bundestag, diesem Wunsch durch eine Änderung des Abgeordnetengesetzes vom 18. Februar 1977 zu entsprechen.
2. Der Bundesminister des Innern wird im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Besoldungsanpassungsgesetzes 1982 einen Formulierungsvorschlag im Sinne der Nummer 1 vorlegen.

In seiner Sitzung am 12. November 1981 hat der Deutsche Bundestag folgende EntschlieÙung gefaÙt (BR-zu Drucksache 498/81):

Der Deutsche Bundestag begrüÙt die Erklärung des Kabinetts, daß im Jahre 1982 auch die Minister und Parlamentarischen Staatssekretäre ihren Beitrag zum Sparen leisten wollen. Der Diätenanteil ihrer Einkünfte wird bei allgemeiner Einkommensverbesserung entsprechend gesenkt.

Der Deutsche Bundestag erwartet, daß dieser Bereitschaft auch die Landesregierungen folgen werden.

B. Stellenobergrenzen

Zum Anliegen des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages (BeschuÙ vom 9./10. Dezember 1981), in Abstimmung mit den Ländern im Entwurf des Bundesbesoldungsanpassungsgesetzes 1982 und in dem nächsten nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung aufzustellenden Haushalt eine sachgerechte und ausgewogene, dem Stellenkegel gemäÙe Absenkung der Beförderungsämtler für den gehobenen und höheren Dienst aufzunehmen, nimmt die Bundesregierung nach Abstimmung mit für den für das Besoldungsrecht zuständigen Länderministerien wie folgt Stellung:

Eine Absenkung der Stellenanteile für Beförderungsämtler (§ 26 BBesG) würde im Ergebnis eine sachlich nicht gerechtfertigte bewertungsmäÙige Herabstufung allein von Beamtenfunktionen bedeuten und zu einer unververtretbaren Ungleichbehand-

lung gegenüber den Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst führen, da sich die Bewertung von Beamten- und Arbeitnehmerfunktionen im wesentlichen parallel entwickelt hat und eine Korrektur der tariflichen Eingruppierungsmerkmale nicht zu erwarten ist.

Die allgemeinen Stellenobergrenzen erfassen in den Ländern nur einen relativ kleinen Teil der vorhandenen Beamten. Die damit mittelbar verbundene Funktionsbewertung in den Regellaufbahnen ist nur unzureichend den gesetzlichen Strukturverbesserungen bei den Lehrern, den Hochschullehrern, der Polizei sowie den Richtern und Staatsanwälten gefolgt. Eine Absenkung der Obergrenzen würde sich daher einseitig zum Nachteil besonders der Beamten des allgemeinen Verwaltungsbereichs auswirken. Sie wäre auch personalpolitisch bedenklich, da sie eine leistungsfeindliche und demotivierende Wirkung hätte.

Schon jetzt sind im beruflichen Werdegang der Beamten und der Berufssoldaten aufgrund der ungün-

stigen Altersstrukturen und wegen der bereits durchgeführten Stelleneinsparungen ständig zunehmende Verzögerungen festzustellen (Beförderungs- und Verwendungsstau). Die Folge ist, daß auch Hochqualifizierte erst sehr spät oder überhaupt nicht mehr ein ihrer Befähigung entsprechendes höherwertiges Amt übernehmen können. Die Bundesregierung hat dem Deutschen Bundestag über die Situation wiederholt berichtet (Beantwortung einer Kleinen Anfrage in Drucksache 8/3838, Bericht an den Innenausschuß des Deutschen Bundestages vom 25. August 1981 — D II 2 — 221 250/4 a —, Beantwortung einer Großen Anfrage zum inneren Zustand der Bundeswehr und zur Lage der Soldaten in den Streitkräften in Drucksache 9/873, vgl. dort Antworten zu Nummern 11 bis 14).

Der Deutsche Städtetag hat darauf hingewiesen, daß die eingangs genannte Maßnahme im Falle ihrer Verwirklichung die Kommunen in außerordentliche Schwierigkeiten versetzen und einen weiteren Rückgang der Beschäftigung von Beamten zur Folge haben würde.

Anlage B

Stellungnahme des Bundesrates

Die im Gesetzentwurf enthaltene Verschiebung der Besoldungsanpassung um drei Monate ist zwar im Zusammenhang mit dem 2. Haushaltsstrukturgesetz angekündigt und als eine notwendige Maßnahme zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vorgesehen gewesen. Nachdem diese Verschiebung jedoch im Tariffbereich nicht hat durchgesetzt werden können, benachteiligt der Gesetzentwurf die Beamten gegenüber den Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes und setzt sich dadurch in Widerspruch mit einer seit über zehn Jahren geübten Praxis, in der stets die prinzipielle Gleichbehandlung aller Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes ohne Rücksicht auf ihren Status beachtet worden ist. Der Bundesrat hält die Schlechterstellung der Beamten für beamtenpolitisch bedenklich, weil sie von den Betroffenen als eine Veletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn verstanden wird und damit eine der Grundlagen des Berufsbeamtentums

gefährdet. Die Bundesregierung konnte bisher auch nicht nachweisen, aus welchen Gründen das Anpassungsbedürfnis für die Beamten, Richter und Soldaten sowie für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst unterschiedlich ist.

Für die Beamten wäre es schwerverständlich, wenn die Erhöhung ihrer Bezüge, die die Steigerung der Lebenshaltungskosten im Jahre 1982 ohnehin nicht ausgleicht, später erfolgt als bei ihren Kollegen im Arbeitnehmerverhältnis. Darin liegt eine Gefahr für den sozialen Frieden im öffentlichen Dienst.

Der Bundesrat fordert deshalb Bundesregierung und Bundestag auf, im weiteren Gesetzgebungsverfahren möglichst eine Gleichstellung innerhalb des öffentlichen Dienstes herbeizuführen und zu prüfen, wie die angestrebte und notwendige haushaltsmäßige Entlastung auf andere Weise bewirkt werden kann.

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat beruft sich zu Unrecht darauf, daß die Verschiebung im Tarifbereich nicht hat durchgesetzt werden können. Tatsächlich ist die lineare Erhöhung der Bezüge statt zum 1. März erst zum 1. Mai 1982 erfolgt.

Darüber hinaus hatte die Bundesregierung in der Begründung zum 2. Haushaltsstrukturgesetz angekündigt, „im Vergleich zum Tarifbereich Besoldung und Versorgung drei Monate später anzupassen“. Entsprechend dieser Ankündigung hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf vorgelegt.

Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der verfassungsrechtlichen Anpassungspflicht davon leiten lassen, daß die Haushaltslage auch zu Einsparungen im Bereich der Beamten, Richter, Soldaten und Versorgungsempfänger zwingt.

Nach § 14 Bundesbesoldungsgesetz und § 70 Beamtenversorgungsgesetz werden Besoldung und Versorgung entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung angepaßt. Die Verschiebung der maßvollen, an den Tarifabschlüssen orientierten Besoldungsanpassung um drei Monate gegenüber dem für den Tarifbereich des öffentlichen Dienstes vereinbarten Zeitpunkt trägt insofern der verschlechterten Haushaltslage von Bund, Ländern und Gemeinden zusätzlich Rechnung.

Das besondere Rechtsverhältnis der Beamten, Richter und Soldaten rechtfertigt in dieser Lage auch eine enge Auslegung der gesetzlichen Kriterien. Die Bundesregierung hält diese Belastung für zumutbar. Sie hat hierbei u. a. berücksichtigt, daß die Belastung der Arbeiter und Angestellten auch im öffentlichen Dienst mit den Sozialabgaben inzwischen gestiegen ist, zuletzt ab Januar 1982 um weitere 0,25 v. H. Die Verschiebung der Besoldungsanpassung gegenüber dem Tarifbereich um drei Monate läßt das bisherige Verhältnis der aktiven Nettoeinkommen im Besoldungs- und Tarifbereich im wesentlichen unverändert.

Außerdem hält sich die Belastung für den einzelnen in vertretbaren Grenzen, während der Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte durch die dreimonatige Verschiebung der Besoldungsanpassung um rd. 1 Milliarde DM erweitert wird.

Mit seiner Stellungnahme hat sich der Bundesrat seiner politischen Mitverantwortung für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte entzogen. Einerseits erkennt er an, daß die haushaltsmäßige Entlastung notwendig ist, andererseits will er es aber der Bundesregierung allein überlassen, die Deckung für den Ausfall von rd. 1 Milliarde DM bei Bund, Ländern und Gemeinden anzuschaffen. Die Bundesregierung kann dieses Verfahren nicht akzeptieren. Sie hat bereits bei Beschlußfassung über den Gesetzentwurf sorgfältig über etwaige anderweitige Deckungsvorschläge beraten.

